

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Martin Harms
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Wolfgang Jeschke
Stellv. Ausschussvorsitzender Norbert Schmidt
Ausschussvorsitzender Michael Veh

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Dezernent

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung

Birgit Becker
Michael Janßen

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Erika Lach

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frank Amerkamp
Marlis Hollmann
Protokollführer Joachim Noack
Hennig Winde
Fachbereichsleitung 61 Michael Witt

Stellv. Fahrradbeauftragter

beratendes Mitglied Theo Schüler

Gast:

Herr Mosebach – Planungsbüro Diekmann & Mosebach

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 11.06. 2013 und 13.08.2013 | |
| 4 | Vorlagen an den Rat | |
| 4.1 | Bebauungsplan Nr. 140
-Westlich Möwenstraße-
mit örtlicher Bauvorschrift | 196/2013 |
| | Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss | |
| 4.2 | Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025)
-Gökerstraße / südlich Hegelstraße-
Aufstellungsbeschluss | 195/2013 |
| 4.3 | Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung
-Abschnittsbildung Triftweg- | 198/2013 |
| 5 | Vorlagen an den Verwaltungsausschuss | |
| 5.1 | Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025)
-Gökerstraße / südlich Hegelstraße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen Bürgerbeteiligung | 197/2013 |
| 6 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 6.1 | Logistikpark Langewerth - BP 174 - Sachstand | |
| 6.2 | STEP PLUS | |
| 7 | Öffentliche Anhörungen | |

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Veh** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kottek bat um Ergänzung der TO um den TOP Step+. Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 11.06. 2013 und 13.08.2013

Die öffentlichen Teile der Niederschriften vom 11.06.2013 und 13.08.2013 wurden einstimmig beschlossen.

- 4 Vorlagen an den Rat

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 4.1 | <u>Bebauungsplan Nr. 140</u>
<u>-Westlich Möwenstraße-</u>
<u>mit örtlicher Bauvorschrift</u> | 196/2013 |
|-----|---|-----------------|

Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr **Mosebach** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Veh** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 140 - WESTLICH MÖWENSTRASSE** – mit örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-06) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 09. August 2013 ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 08).

- 4.2 Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025)
-Gökerstraße / südlich Hegelstraße-
Aufstellungsbeschluss

195/2013

Herr **Witt** stellte die Vorlage ausführlich vor.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Ratsfrau **Weinstock**, die Ratsherren **van den Berg, Harms, Langen, Schmidt, Wilhelm, Veh** sowie Herr **Witt** und Herr **Kottek**.

Herr **Veh** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 136 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 25 (VEP 025) –Gökerstraße / südlich Hegelstraße-** gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 4.3 Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung
-Abschnittsbildung Triftweg-

198/2013

Herr **Kottek** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Veh** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der im Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung – Freigebiet Freiligrathstr./Aug.-Hinrichs-Str. - festgesetzte Triftweg wird erschließungsbeitragsrechtlich als Abschnitt im Sinne des § 130 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) abgerechnet.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen)/ **197/2013**
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025)
-Gökerstraße / südlich Hegelstraße-
Beschluss über die Art der frühzeitigen Bürgerbeteiligung

Herr **Veh** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.
Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs.1 des Baugesetzbuches für den Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025) -Gökerstraße / südlich Hegelstraße- in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit der städtischen Bauverwaltung durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Logistikpark Langewerth - BP 174 - Sachstand

Herr **Witt** referierte ausführlich über den aktuellen Sachstand des BP 174.
An der darauffolgenden Diskussion bezüglich des Baues eines Umspannwerkes, der Ausweisung als Industriegebiet, der Form der Leitungsverlegung (unterirdische Leitung/Freileitung), möglicher Einwendung im Planfeststellungsverfahren, Fristen hinsichtlich möglicher Fördermittel (Erschließung) beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Schmidt, Weinstock, Veh, Walzner, Langen, Harms** sowie Herr **Witt** und Herr **Kottek**.

6.2 STEP PLUS

Herr **Kottek** erläuterte ausführlich den Sachstand in Sachen STEP plus. Das Büro SSR stellt die Ergebnisse zurzeit zusammen und stimmt das Ergebnis bis Ende Oktober mit der Verwaltung ab. Die Kernpunkte wurden auf der internen Verwaltungsrunde Mitte August erstmals vorgestellt und diskutiert und es hat dabei innerhalb der Verwaltung große Übereinstimmung hinsichtlich der zentralen Ergebnisse gegeben. Bisher fand eine intensive und erfolgreiche Beteiligung der Bürgerschaft und zentraler Akteure statt, die Arbeitsgruppen haben teilweise mehrfach getagt. Es wurden zahlreiche erfolgreiche Themenabende mit großer Beteiligung und entsprechender Resonanz in der Presse durchgeführt. Bei der zuletzt durchgeführten Zukunftskonferenz waren Vertreter der Wirtschaft, aus Vereinen und Verbänden, Verwaltung und Interessenvertretungen beteiligt. Hier wurden in zwei Tagen intensiv Perspektiven für die Stadtentwicklung erarbeitet. Erste Handlungsfelder und Schwerpunkträume wurden hier benannt.

Aus der Arbeit der Arbeitsgruppen ist der Antrag der Verwaltung, welcher auch als Modellvorhaben angemeldet wurde, abgeleitet worden. Es gibt hier Modellvorhaben, die auf Bundesebene öffentlich gefördert werden: Neue Formen von Netzwerken innerhalb der Stadt, was auch mit Sponsoring und ähnlichen Dingen zu tun hat, Hilfe zur Selbsthilfe ohne die Kommune zu bemühen, d.h. dass z.B. die Wirtschaft unter sich ganz neue und eigene Netzwerke aufbaut. Der Förderantrag wurde gestellt und sowie eine Entscheidung ansteht wird das Thema im APB erneut ausführlich vorgestellt.

Dies wird auch Grundlage für die nächsten Arbeitsgruppentreffen sein, bei dem alle AGs gleichzeitig tagen. Dies ist erforderlich, da das Büro SSR nicht in der Lage ist, zu jedem einzelnen Treffen in Wilhelmshaven anwesend zu sein. Das Ziel der Arbeitsgruppentagung ist die Entwicklung und die übergreifende und integrierende Diskussion und Qualifizierung der Handlungsfelder für den Stadtentwicklungsplan. Im November werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppentreffen im APB beraten. Hier stellt sich die Frage, ob man zu dieser Sitzung nicht alle Ratsmitglieder einladen sollte. Nach der bisherigen gesamtstädtischen Betrachtung liegt dann der Focus auf den folgenden Arbeitsschritten, bei den Stadtbezirken. Dazu wird in jedem Stadtbezirk eine vor-Ort-Werkstatt stattfinden.

Folgende Termine finden in der nächsten Zeit statt:

- 17.09., 18:00 – 21:30 Uhr Vor-Ort-Werkstätten
- 19.09., 18:00 – 20:00 Uhr Themenabend AG Umwelt (Thema Flächenverbrauch, evtl. im Zusammenarbeit mit der AG Wohnen)
- 23.09. Themenabend der AG Wohnen (Thema: Jade-Bay-Wohnstudie)
- 24.09. 3. Themenabend der AG Wirtschaft
- 01.10. 4. Themenabend der AG Wirtschaft
- 24.10. interne Verwaltungsgruppe
- 25.10. Arbeitsgruppentreffen
- 12.11. Zwischenpräsentation im APB

In der zweiten Novemberhälfte werden dann die weiteren vor-Ort-Werkstätten stattfinden.

Im Rahmen STEP plus haben sich auch bereits beispielsweise zwei Schwerpunkte herauskristallisiert. Dies sind zum einen die Einfallstraßen (Peter-, Bismarck und auch Gökerstraße). Zielrichtung ist die Erstellung eines Gesamtprogramms. Seitens des VV wurde die Gökerstraße ausgesucht aufgrund der begrenzten Länge und bereits vorhandener früherer Planungen. Ziel hier wäre es, die vorhandenen vier Spuren auf zwei Spuren zu reduzieren und den dadurch erzielten Spurengewinn mit Bäumen zu belegen und zwischen den Bäumen Parkplätze anzulegen. Der Bürgersteig könnte verbreitert und ein Fahrradweg eingerichtet werden. Aufgrund der unter den Bürgersteigen befindlichen Leitungen sind die möglichen Umgestaltungsmaßnahmen begrenzt. Dies soll nun modellhaft gestaltet und durchgerechnet werden. Dies könnte man dann auch für die Bismarck- und Peterstraße durchführen.

Bezüglich der Finanzierung hinsichtlich der leeren Kassen verwies Herr Kottek auf die in den letzten 20 Jahren bereits durchgeführten Maßnahmen, die auch bei angespannter Haushaltslage durchgeführt wurden. Ausschlaggebend sei letztendlich aber die Richtung, in welche Wilhelmshaven sich entwickeln soll. Zudem schlug er vor, dass bei der Erschließung von Wohngebieten und Ähnlichem die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen vor Ort gemacht werden (Beispiel Maadetal), so dass diejenigen, die in den entsprechenden Gebieten dann leben auch gleichzeitig diesen Vorteil haben (Streuobstwiesen, Grünstreifen, Anlegen von Alleen etc.).

Auch im Bereich des Bebauungsplanes 174 (Antonslust) werden Ausgleichsmaßnahmen im mehrstelligen Bereich erforderlich werden, die man dafür nutzen sollte, um Wohnumfeldverbesserungen durchzuführen.

Zum anderen wäre der Banter-See-Park zu nennen. Hier haben sich durch die

Arbeitsgruppen Ansätze ergeben, welche Herr Witt in Form von Zeichnungen konkretisierte. Diese Zeichnungen werden nun durch ein Büro aufgearbeitet und dann als Diskussions- und Planungsvorlage vorgestellt. Hiermit hätte man dann auch ein Konzept, aufgrund dessen man entsprechende Bebauungspläne erstellen könne.

Er wies darauf hin, dass man bereits jetzt versucht, entsprechende Ansätze aus dem STEP plus-Verfahren aufzugreifen und umzusetzen und nicht bis zum Ende des Prozesses wartet.

Frau **Weinstock** führte aus, dass immer mehr Grünanlagen „versiffen“. Sie fragte, ob man bei Neuanlage entsprechender Grünanlagen im Bereich der Gökerstraße nicht die Befürchtungen haben müsse, dass es hier genauso sei. Weiter fragte sie nach den Ergebnissen der rund um den Banter See durchgeführten Bohrungen, welche mit Landesmitteln gefördert wurden.

Herr **Kottek** antwortete, dass lediglich der vierspurige Teil der Gökerstraße betroffen sei, und zwar von der Kortekreuzung bis zum Mühlenweg. Hier seien die Grundstücke in städtischer Hand, so dass Dritte außen vor blieben und lediglich die Politik entscheidet hierüber.

Bezüglich der Bohrungen erklärte er, dass es im Auftrag von GGS um die Untersuchungen möglicher Altlasten gehe. Im Großen und Ganzen sind keine oder nur geringe Altlasten gefunden worden, lediglich in drei kleineren Bereichen sind nun weitere Untersuchungen erforderlich, jedoch handelt es sich nicht um großflächige Altlasten und es besteht auch kein dringender Handlungsbedarf. Wenn alle Bohrungen und Untersuchungen abgeschlossen sind wird Herr Leinert die Ergebnisse im WGGS vorstellen.

Herr **Harms** fragte, ob die möglichen Umgestaltungen der Einfallstraßen im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes berücksichtigt werden. Bezüglich der Planungen um den Banter See fragte er, ob diese Planungen unter Berücksichtigung der Wasserqualität des Sees erfolgen oder ob dieser Aspekt ausgeklammert werde.

Herr **Kottek** antwortete, dass man bei den Planungen nun nicht warten werde, bis die Wasserqualität sich wunschgemäß entwickelt hat sondern man gehe von der Voraussetzung aus, dass die Wasserqualität irgendwann so sein wird. Durch die Hafenabsenkung ist viel Wasser aus dem Banter See geflossen und durch Salzwasser durch den Deich wieder aufgefüllt worden. Es sind bereits viele, die dieses beobachten und entsprechende Theorien entwickeln.

Bezüglich der Gökerstraße führte er aus, dass man im Rahmen von STEP plus den Auftrag zur Planung und Kostenermittlung vergebe und danach mit den Ergebnissen in die politischen Gremien gehe. Es werden also keine Entschlüsse und Beschlüsse unter Umgehung der Politik gefasst.

Herr **Witt** wies darauf hin, dass es ein Verkehrsentwicklungskonzept für den motorisierten Individualverkehr gebe (Im Auftrag durch ein externes Büro), das uns über die seit 4 Jahren und weiter laufenden Verkehrszählungen Analysewerte liefern soll, die eine Prognose unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens und auch der allgemeinen Verkehrszunahme zulassen. Es werden aber auch die Belastungen einer Straße unter Berücksichtigung deren Funktion und des ÖPNV untersucht, insbesondere im Hinblick auf mögliche Gestaltungsänderungen einer Straße.

An der weiteren Diskussion bezüglich STEP plus und Wiesbadenbrücke beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Schmidt, Veh** sowie Herr **Witt**.

Herr **Kottek** führte weiter aus, dass man nun den Bewilligungsbescheid der NBank zur Fortschreibung des Förderprogramms „Jadeallee/Wiesbadenbrücke“ erhalten habe für das Programmjahr 2013 erhalten habe mit einer Fördersumme von 600.000 €. Er wies auf die übliche Drittelung hin, wonach hiervon 200.000 € aus dem städtischen Haushalt aufzubringen seien, die aus dem Bereich „Stadtumbaugebiet West“ kommen. Es handelt sich hierbei um die Gelder, die nach dem Ratsbeschluss nicht mehr in den Bereich Wiesbadenbrücke fließen sollen und ebenso wenig in die Verlängerung der Jadeallee (Durchbau zum Anton-Dohrn-Weg). Somit können diese Gelder, die in einem Zeitraum bis 2017 fließen sollen, nur noch im Banter-See-Park eingesetzt werden. Hier werden dann aufgrund des vom Rat beschlossenen Bebauungsplanes die zentralen Erschließungsmaßnahmen durchgeführt. Man habe zudem einen weiteren Bescheid vom niedersächsischen Ministerium für

Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration erhalten. Man habe bereits zum vierten Mal im Programm städtebaulicher Denkmalschutz das Sanierungsgebiet östliche Südstadt/KW-Brücke beantragt, dieser Antrag wurde abschlägig beschieden. Schwerpunkt wäre nicht die KW-Brücke gewesen sondern eben aufgrund der 7 Mio. €-Investition in das Denkmal KW-Brücke die Aufnahme in das Programm städtebaulicher Denkmalschutz für den umgebenden Bereich sowie die Südzentrale. Dies wurde nun leider abgelehnt. Dies sei schade, aber ohne städtebauliche Förderung durch das Land könne man bezüglich der Südzentrale nichts weiter unternehmen.

Herr **Veh** wünschte eine nähere Erläuterung der bewilligten Städtebaufördermittel.

Herr **Kottek** erklärte, dass es im Bereich der Städtebauförderung mehrere unterschiedliche Programme gebe (Stadtumbau West, städtebaulicher Denkmalschutz, Soziale Stadt). Der nun erhaltene Bescheid umfasse 600.000 €, wovon jeweils 200.000 € von Bund, Land und Gemeinde aufzubringen sind. Diese Förderung kann dann in dem vom Rat beschlossenen Fördergebiet Stadtumbau West eingesetzt werden. Ursprünglich sollten mit diesen Mitteln die Umlagerung der Firma Linde sowie die Aufhebung des Erbbaurechts finanziert werden, um eine baureife Wiesbadenbrücke übergeben zu können. Der Rat hat aber beschlossen, dass keine weiteren Mittel mehr für die Wiesbadenbrücke aufgewendet werden sollen und auch die Jadeallee nicht durchgebaut werden soll, ebenfalls sollen die möglichen 120 Parkplätze nicht gebaut werden, so dass nur noch der Bereich Banter-See-Kaserne verbleibt, in welchem diese Gelder eingesetzt werden können. Frau **Weinstock** führte aus, dass nach Ihrem Kenntnisstand die Straße vor dem Willehad-Hospital hergerichtet werden sollte. Sie fragte, ob eine derartige Maßnahme auch durch diese Mittel finanziert werden könne oder ob diese Maßnahme möglicherweise vor dem Hintergrund der Fusion der Krankenhäuser nun entfalle.

Herr **Winde** antwortete, dass der Bereich um das Willehad-Hospital zum Fördergebiet „Westliche Südstadt“ gehört, welches aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ finanziert wird. Die unterschiedlichen Städtebauförderkomponenten können nicht miteinander verknüpft werden, d.h. Mittel aus dem einen Programm können nicht in ein anderes umgeschichtet werden. Das Willehad-Hospital hat um Aufschub der Maßnahme gebeten, da wahrscheinlich Anfang 2014 die Entscheidung über die Fusion fallen wird.

Herr **Walzner** ergänzte, dass die Ansgarstraße vom Willehad-Hospital gekauft werden sollte, um dann zu einer Sackgasse umfunktioniert zu werden nur noch mit einer Durchfahrtsmöglichkeit für Kranken- und Rettungsfahrzeuge.

7 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand nicht statt.

Es folgte der Nichtöffentliche Teil

Ende der Sitzung 17:35 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in